

*Schriftenreihe
der Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung*

*Heft 48
Wetzlar, 2020*

Thorsten Keiser

**Prozesse vor dem Reichskammergericht als
Praktiken in der frühen Neuzeit**

*Ergänzte und erweiterte Fassung
des Vortrages vom 18. Oktober 2018
im Seminarraum, Hofstatt 19, Wetzlar*

Umschlagabbildung:

Notizen des Richters Mathias Neser, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde,
Sign. AR1 Miscellanea 530, f. 154r

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Andrea Müller

Druck: Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar

ISBN 3-935279-56-6

I. Einleitung: Reichskammergerichtsforschung und frühneuzeitliche Geschichte

Beim Thema „Prozesse am Reichskammergericht als Praktiken der frühen Neuzeit“ geht es um die Verortung der Reichskammergerichtsforschung im Zusammenhang mit aktuellen Strömungen der Geschichte zur frühen Neuzeit.¹ Mit dieser ist das Reichskammergericht untrennbar verbunden, denn seine Einrichtung und institutionelle Ausgestaltung prägt die Zäsur, die schließlich bei der Umschreibung der frühen Neuzeit als Epoche eine entscheidende Rolle spielte. Die Entstehung der Reichskammergerichtsbarkeit fällt bekanntlich unmittelbar zusammen mit der Entstehung des modernen Staates durch Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols. Friedenssicherung durch Verhinderung von Fehden war Gründungszweck und Hauptaufgabe des Reichskammergerichts,² das eine Ergänzung des ewigen Landfriedens von 1495 auf justizieller Ebene darstellte. Wie auch immer man zu historischen Epocheneinteilungen stehen mag, aus Sicht der Rechtsgeschichte bildet das Reichskammergericht eine klare institutionelle Wegmarke der Moderne.³ Es stand für einen mit der Professionalisierung des Juristenstandes bekräftigtem Anspruch der Herrschaft des Rechts, war aber gleichzeitig mit dem Mehrebenensystem des alten Reiches untrennbar verbunden und ging als Institution mit diesem unter. Insofern kann das Reichskammergericht als typische Erscheinung der Vormoderne gelten, in der sich bereits Tendenzen zur Zentralisierung und Rationalisierung spiegeln, die aber gleichzeitig noch einer heterogenen ständischen Ordnung verhaftet war, welche erst vom Staat des 19. Jahrhunderts abgelöst wurde.

Da also das Reichskammergericht nicht nur während der gesamten Zeitspanne der frühen Neuzeit existierte, sondern sie auch maßgeblich als

Epoche mitdefinierte, ist es umso wichtiger, die Forschung zum Reichskammergericht mit den allgemeinen Reflexionen über die frühe Neuzeit kontinuierlich in Dialog zu bringen. Dazu sind historische Deutungsmuster vor dem Hintergrund rechtshistorischer Forschungsprämissen neu zu reflektieren. Insbesondere stellt sich die Frage, inwiefern neue historische Erkenntnisse für die Reichskammergerichtsforschung fruchtbar gemacht werden können.⁴

Bei aktuellen historischen Forschungen zur frühen Neuzeit fällt auf, dass darin das Konzept der „Praktiken“ oft eine Rolle spielt,⁵ während in der Rechtsgeschichte von Praxis die Rede ist und sogar in jüngster Zeit die Konturen einer „Praxisgeschichte“ neben Normen- und Wissenschaftsgeschichte gekennzeichnet wurden.⁶ Reichskammergerichtsforschung lässt sich zu einem großen Teil einer Praxisgeschichte in diesem Sinne zuordnen. Ihre Prämissen werden durch die Anwendungsebene des Rechts bestimmt, deren Erforschung bestimmte Quellen wie Verträge oder Gerichtsakten erfordert.⁷ Es fällt dagegen auf, dass von historischer Seite oft von Praktiken die Rede ist, wenn es um Verfahren, Routinen und Anwendungen geht. Während für Juristen sehr klar ist, was unter Rechtspraxis zu verstehen ist, wird in den Geschichtswissenschaften eine differenziertere Terminologie verwendet.

II. Was sind Praktiken?

Die in der Geschichtswissenschaft zu beobachtende Reflexion über Praktiken geht zurück auf eine Forschungsbewegung zur Theoretisierung des Praktischen, die so große Wellen geschlagen hat, dass Anfang des neuen Jahrtausends gar von einem „practice turn“ die Rede war.⁸ Für die Geschichtswissenschaft attraktiv erschien die Chance einer „Wiederentdeckung praktischen Wissens“,⁹ die sich aus den neuen soziologisch-kulturwissenschaftlichen Ansätzen ergab. Ein Jahrzehnt später hatten diese auch in der Historiographie Früchte getragen und man konnte Bilanz ziehen.¹⁰ Leitfrage sei, was die Leute tun. Weniger die Geschichte von Persönlichkeiten, Ideen oder dergleichen stehe im Mittelpunkt, als „doings und sayings“, also „körperliches und sprachliches Handeln“.¹¹ Das öffne einen neuen Blick auf den Alltag, der nicht mehr nur im „Lichtkegel von Normen und Idealen“¹² gesehen werde, sondern als eigener Forschungsgegenstand zu entdecken sei. Dabei werde die Rolle des Subjekts neu thematisiert. Es gehe weniger um die Frage der Geschichte oder eines bestimmten ‚Geistes‘.¹³ Die Suche nach Geisteshaltungen und Idealen habe eine Geschichte der Postulate in den Vordergrund treten lassen, denen die Praktiken gegebenenfalls als Korrektiv gegenüberzustellen seien.¹⁴ Praktiken definiert Bredecke in Anlehnung an den Philosophen Theodore Schatzki als „ein typisiertes, routiniertes und sozial-verstehbares Bündel von Aktivitäten“.¹⁵

Was bedeuten diese historischen Ansätze an der Schnittstelle zur Soziologie für die Rechtsgeschichte? Auf den ersten Blick erscheinen sie wenig attraktiv. Für eine Wissenschaft des Rechts, die eine Normwissenschaft sein muss, ist eine Geschichtsschreibung, die Ereignisse jenseits des Lichtkegels von Normen in den Blick nehmen will

möglicherweise sogar irrelevant.

Wo in der Geschichte keine Normen als Anhaltspunkte vorhanden sind, ist wahrscheinlich auch keine Rechtsgeschichte möglich. Zudem hat Rechtsgeschichte mit sprachgebundener Normativität zu tun. Für die Analyse anderer Regelungsformen fehlt oft schon die Quellenbasis. So könnte man eine Rechtsgeschichte von „Handlungen“ als Geschichte überlieferter Rechtshandlungen verstehen. In Betracht kämen dafür symbolische Akte oder Rituale, wie Ohrenzupfen, Grenzümgänge, Eidesleistungen und dergleichen, die in der volkskundlichen Germanistik schon eingehend untersucht worden sind.¹⁶ Mag man sie auch als Praktiken bezeichnen können, scheint ihre Analyse außerhalb von Normen wenig erhellend, weil dann ihre eigentliche Funktion nicht mehr zu erfassen wäre.

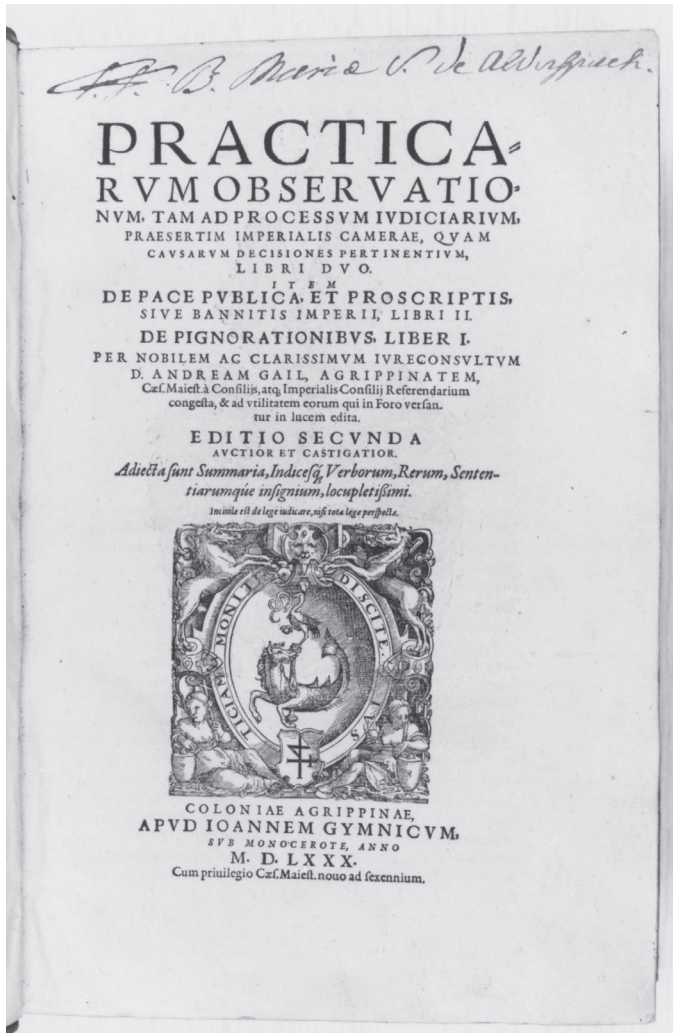


*Farbige Aquarellzeichnung der RKG-Kommission im Odenwald
im Streit des Erzbischofs von Mainz im Rüdts von und zu Bödingheim,
210 x 150 cm, Maler Heinrich Badwang 1593*

Abgesehen davon könnte die bloße Botschaft, man solle nicht bei Postulaten stehen bleiben und auf das Leben schauen, auch für die Rechtsgeschichte plausibel erscheinen. Den Blick auf das ‚Leben‘ richtet die Rechtsgeschichte schon seit geraumer Zeit. Die Reichskammergerichtsforschung steht dabei an vorderster Front, indem sie Normanwendungen, also Rechtspraxis beschreibt. Insofern scheint der konzeptionelle Mehrwert von Praktiken für die Rechtsgeschichte zumindest zweifelhaft.

III. Was ist Wissensgeschichte und wie unterscheidet sie sich von Wissenschaftsgeschichte?

Stärker werden die Zweifel an der Relevanz des Konzepts für die Rechtsgeschichte, wenn man einen weiteren Bezugsrahmen von Praktiken mitberücksichtigt, nämlich den der Wissensgeschichte. Praktiken als typisierte Aktivitäten vermitteln Wissen, sind also mit der Wissensgeschichte gekoppelt. Eine Facette dieser heterogenen, schwer zu charakterisierenden Forschungsrichtung ist darauf gerichtet, dezentrale Ebenen der Wissensproduktion jenseits von Universitäten und Experten in den Blick zu nehmen und dabei Wissen in seiner Pluralität historisch zu erfassen.¹⁷ Insofern soll sich die neue Wissensgeschichte von der herkömmlichen Wissenschaftsgeschichte unterscheiden. Wissensgeschichte ist also nicht auf die Universitäten als Zentren der Gelehrsamkeit fokussiert, sondern auf alltäglich entstehendes Wissen, dass von der frühneuzeitlichen Gelehrtenkultur vernachlässigt, verachtet oder sogar tabuisiert wurde.¹⁸ Der Expertenbegriff wird dabei nicht aufgegeben, aber erweitert und neu konfiguriert.¹⁹ Hier werden ebenfalls deutliche Unterschiede zur Rechtsgeschichte offenbar: Rechtswissen ist vorwiegend Expertenwissen im herkömmlichen Sinn, zumindest in der Zeit des professionalisierten Juristenstandes.²⁰



*Andreas Gail, Practicarvm observationvm, tam ad processvm iudicarium,
praesertim imperialis camerae, quam ad causarvm decisiones pertinentium,
Libri duo ..., 2. Aufl. Köln, Johann Gymnich 1580
Blindgeprägter Halbledereinband, Folio
Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar*

Die große Meister-Erzählung der Entwicklung einer abendländischen Rechtskultur hat die der Wiederentdeckung und wissenschaftlichen Bearbeitung des römischen Rechts im Fokus. Die damit einhergehende Professionalisierung des Juristenstandes bedeutet, dass zumindest moderne Rechtskultur Expertenkultur ist. Ihre Geschichte müsste also vorwiegend – vielleicht gar ausschließlich – Wissenschaftsgeschichte, nicht Wissensgeschichte sein, sofern man nicht alle bisherigen Prämissen neu definieren will.²¹

Neue Perspektiven einer spezifischen Wissensgeschichte für die Rechtsgeschichte wurden aber in letzter Zeit entwickelt, indem die Frage nach der Transformationen des Wissens zwischen Spätantike und Frühmittelalter gestellt wurde.²²

Ausgangspunkt ist die Formation eines Wissenskanons im Frühmittelalter und der dazu notwendige Rückgriff auf antikes Wissen. Für die Weitergabe des rechtlichen Wissens (also im Bereich des römischen Rechts und des Kirchenrechts) werden in diesem Bereich drei grundlegende Kulturtechniken identifiziert, nämlich Exzerpieren, Kompilieren und Tradieren, die als teilweise kreative Formen der Komplexitätsreduktion von überlieferten Normenbeständen beschrieben wurden.²³ Ohne diese Formen der Vermittlung und Verarbeitung antiken Wissens wäre die moderne Rechtskultur nicht denkbar. Obwohl die Bedeutung dieser kulturellen Technik für das Recht (wie natürlich auch für die Philosophie, Rhetorik usw.) auf der Hand liegt, kann man die Frage nach der Wissenschaftlichkeit solcher Vorgänge stellen. Auch wenn diese Arten von Wissenstradierung von Experten ausgingen, ist die juristische Wissenstradition zumindest kein Erkenntnisprozess im wissenschaftlichen Sinne. Sie ist eher von Wertungen geleitet, die Auswahlentscheidungen bezüglich des zu überliefernden Stoffs bestimmen. Exzerpieren und Kompilieren

lassen sich eben auch als „Handlungen“ betrachten und analysieren, vielleicht auch als tausendfach wiederholter Alltagsvorgang. Warum sollte man nicht das „Kompilieren“, also das Zusammenstellen von Textfragmenten, oder das Auseinanderschneiden von Texten als Praktik beschreiben, die man mit der Kategorie Wissensgeschichte erfassen kann? Forschungsansätze zur juristischen Wissensvermittlung als Praktik können den Blick auf die materielle Dimension lenken, auf die Produktion materieller Artefakte.²⁴ Die Konzepte „Praktiken“ und „Wissensgeschichte“ können also Anregungen von Seiten der Geschichtswissenschaft für die Rechtswissenschaft vermitteln.

Sie schärfen den Blick dafür, dass Recht mehr ist als nur methodengeleitete Normanwendung und dass es vielfältige Formen der Vermittlung rechtlichen Wissens gibt, die sich nicht nur nach wissenschaftlichen Kriterien richten.

IV. Ist juristische Praxis wirklich nur Normanwendung durch Experten? Strafzumessung als aktuelles Beispiel

1. Die Debatte um Strafzumessung und Sentencing guidelines

Wo möglicherweise in der Gegenwart Praktiken am Werk sind, kann man an einer aktuellen rechtspolitischen Diskussion sehen. Sie bezieht sich auf die Probleme der Strafzumessungspraxis deutscher Gerichte. Empirische Studien belegen deutliche Ungleichheiten in der Strafzumessung von Gerichten, die auch über längere Zeiträume stabil sind.²⁵ Dabei geht es vor allem um regionale Unterschiede der Bestrafung für verschiedene Delikte. Berichtet wird in diesem Zusammenhang etwa von einem „Nord-Süd-Gefälle“ bei den Strafen.²⁶ Die Ursache dafür liegt darin, dass sich an verschiedenen Gerichten eine jeweils eigene „justizinterne Praxis“²⁷ – so eine Bezeichnung in der Strafrechtswissenschaft – bildet. Im Wesentlichen geht es um eine Routine bei der Normanwendung in Konkretisierung ausfüllungsbedürftiger gesetzlicher Kriterien. Man orientiert sich also an vorangegangenen Entscheidungen. Zum Teil werden deren Maßstäbe auch intern tabellarisch zusammengefasst.²⁸ Weil dadurch die Unterschiede in der Strafzumessungspraxis potentiell gleichheitswidrig zementiert werden, wird über „Sentencing guidelines“ nach US-amerikanischem Vorbild nachgedacht.²⁹ Dabei handelt es sich um von Kommissionen gebildete Standards zur Verengung des Entscheidungsspielraums bei den Strafen. Methodisch einordnen könnte man die Strafzumessung als Ermessen. Sie fiel also in einen typischen Bereich der Rechtspraxis, in dem der individuelle richterliche Maßstab gefragt ist, wobei engere oder weitere Spielräume für die Einzelfallentscheidung eröffnet werden können. Aus Sicht der Praktiken ist bei der aktuellen

Strafzumessungsdiskussion jedoch ein anderer Aspekt relevant. Die Analyse „lokaler Üblichkeit“³⁰ bei der Ausfüllung von Entscheidungsspielräumen setzt voraus, dass es bestimmte informelle Vorgänge hinter den Kulissen der Rechtsfindung gibt. Wo Rechtsnormen Entscheidungen nicht klar konturieren, spielen möglicherweise soziale Normen innerhalb von Institutionen eine größere Rolle. Rechtsprechungstraditionen einzelner Gerichte beruhen wahrscheinlich auf einer Art institutioneller Gruppendynamik, die Anpassungsdruck erzeugt. Zwischenmenschliche Verhaltensnormen oder die Identität von Institutionen spielen hier eine Rolle bei der Entscheidung. Sie materialisieren sich womöglich in Tabellen oder Katalogen und treten neben die Orientierung an der Rechtsnorm. Solche informellen Routinen sind nicht allein „im Lichtkegel“ (siehe die Formulierung von Brendecke, unter II.) der ‚formalen‘ Norm erklärbar, sondern entfalten eigene Relevanz. Daher könnte man bei den lokalen Strafzumessungstraditionen an deutschen Gerichten tatsächlich auch von Praktiken des Entscheidens im Sinne der historischen Terminologie sprechen.

2. Die Notwendigkeit der Unterscheidung von Praktik und Praxis

Deutlich wird auch, dass eine Differenzierung von Praktik und Praxis möglich ist. Betrachtet man das Zustandekommen einer gerichtlichen Entscheidung, sind auch Handlungen zu beachten. Entscheidungsträger sind Menschen, die in bestimmte soziale Kontexte eingebettet sind und die einen gewissen persönlichen und professionellen Hintergrund haben. In bestimmten Institutionen kann ein Klima entstehen, das sich wiederum handlungsleitend auswirkt und damit auch die Entscheidungen beeinflusst. Mit dem Begriff der „Praxis“ kann man solche informellen

Zusammenhänge wohl nur unzureichend erfassen, denn regelmäßig liegt der Fokus hier auf Normanwendung, nicht auf Normentstehung unter Beteiligung von – möglicherweise kontingenten – sozialen Verhaltensnormen. Der Begriff der Praktik ermöglicht es aber gerade, diese in den Blick zu nehmen. In den Mittelpunkt der Analyse rücken prozedurale Elemente der Einübung, Wiederholung und Verfestigung, die dann zur Wissensverbreitung und eventuell auch zur Normbildung führen. Natürlich kann man Praxis als allgemeinen Oberbegriff verwenden, in dem auch das, was hier als Praktik gekennzeichnet wurde, enthalten ist. Analytische Schärfe für die Rechtswissenschaft erhält man aber nur durch die klare Trennung beider Kategorien. Wichtig ist es dabei festzuhalten, dass nicht nur die Rechtspraxis, sondern auch eine Praktik zur Normbildung führen kann. Diese beschreibt dann ein normatives Wachstum sozusagen von unten,³¹ außerhalb strenger formaler Rahmenbedingungen, die sich etwa in einem Begriff wie Rechtsfortbildung fassen lassen.

V. Wo findet man Praktiken in der Rechtsprechung des Alten Reichs? Spielen sie eine Rolle für das Reichskammergericht?

Wenn Praktiken, wie gezeigt wurde, doch für die Rechtswissenschaft im Allgemeinen relevant sein können, stellt sich die Frage ihrer rechts-historischen Relevanz, insbesondere für die Forschung zum Reichskammergericht, bei dessen Rechtsprechung Praktiken eine Rolle spielen könnten.

1. Juristen am RKG als Experten

Sofern man das Konzept der Praktiken vor allem auf die Tradition von Alltagswissen oder irrationalen Erkenntnisformen und nicht Expertenwissen bezieht, wäre das Reichskammergericht kein geeigneter Gegenstand für die Analyse. Das Reichskammergericht war das Expertengericht par excellence. Ein abgeschlossenes rechtswissenschaftliches Studium war Voraussetzung, um Assessor oder Richter am Reichskammergericht zu werden.



Andreas Gail (1526–1587), o.J.
 Kupferstich von Sebastian Furck (um 1600–1655)
 14,7 x 10,2 cm (Plattengröße); 20,4 x 14,8 cm (Blattgröße)
 Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar

In einem Eid hatten die Richter sich auf das gelehrte Recht zu verpflichten. Sie sollten sich hüten, nach Gutdünken, persönlichem erwägen, Billigkeit oder eigenem Dafürhalten zu entscheiden.³² Stattdessen sollten Sie das römisch kanonische Recht bei ihren Entscheidungen zu Grunde legen. Damit verkörperten die Assessoren des Reichskammergerichts das Ideal des professionellen Juristenstandes. Gerade die Deutsche Rechtsgeschichte hatte ein eindringliches Gegenbild zum gelehrten Juristen am Reichskammergericht entworfen, nämlich das des Schöffen des späten Mittelalters. Der Gegensatz zwischen Laiengerichtbarkeit und Experten-gerichtbarkeit erhielt so scharfe Konturen. In jüngster Zeit hat die Laienrechtsprechung aus Sicht einer europäisch vergleichenden Rechtsgeschichte neue Aufmerksamkeit erfahren als „Popular justice“,³³ einer Art Sammelbegriff für Schöffen-, Rügegerichte, Selbstjustiz und den Bereich spontaner ritualisierter Sanktionen. In der Germanistik des 19. Jahrhunderts wurden vor allem den Schöffen mehrere Studien gewidmet. Die Schöffen „entschieden, wenn auch nicht nach Willkür, so doch nach dem Rechtsgefühl oder Rechtsbewusstsein, welches in ihnen, welche einen besonderen Beruf aus der Anwendung des Rechts machten, lebhafter als in den übrigen Mitgliedern des Volkes existierte“ heißt es bei Otto Stobbe.³⁴ Oskar Bülow formulierte in einer programmatischen Schrift zu „Gesetz und Richteramt“, der Schöffe habe das Recht aus dem „Born des Volksrechtsgefühls“ geschöpft.³⁵ Der Schöffe als Seismograph des lebendigen Volksrechts - das ist natürlich ein sehr populäres, fast klischeehaft wirkendes Bild. Bei Stobbe ist es immerhin auf Quellen gestützt, diese Sprechen von „ingenio“, „conscientia“ oder „consuetudo“ als Basis der laiengerichtlichen Entscheidung.³⁶ Nach dieser Sichtweise produziert der Schöffe (als Laie) das Recht, d.h., er schafft es selbst aus seiner eigenen oder einer ihm überlieferten fremden

Erfahrung, während der gelehrte Jurist bereits vorhandenes Recht anwendet.³⁷ Neuere historische Zugriffe wenden das Konzept der Praktik aber auch dort an, wo es gerade um ‚formelle‘ Rechtsanwendung durch universitär oder anders ausgebildete professionelle Juristen geht.³⁸ Auch wo geschriebene Rechtsnormen existieren, welche von einer Rechtspraxis durch methodisch geleitete Interpretation angewendet werden, können Kulturtechniken eine Rolle spielen, die im Bereich der juristischen Reflexion bislang kaum beachtet wurden. Dazu ist nun der Blick auf das Reichskammergericht zu wenden.

2. Rechtsfortbildung als Praktik? – Blick hinter die Kulissen anhand von Protokollbüchern

Für die Rechtsanwendung am Reichskammergericht waren Ereignisse hinter den Kulissen von besonderer Bedeutung. Die kameralistische Literatur enthält zwar viele Wertungen des Reichskammergerichts. Wie diese zustande gekommen sind, erfährt man aber nicht. In den letzten Jahren hat sich hier auf zwei Ebenen etwas bewegt. Inzwischen sind Relationen und Voten des Reichskammergerichts gut erschließbar.³⁹ Einblicke in die einzelnen Schritte der Entscheidungsfindung gewährt uns darüber hinaus eine in den letzten Jahren neu entdeckte faszinierende Quellengattung: die Protokollbücher. Dabei handelt es sich um Aufzeichnungen der Assessoren, in denen sie vorhandene Entscheidungen des Reichskammergerichts festhielten, aber vor allem über Beratungen Protokoll führten, an denen sie beteiligt waren. Protokollbücher gab es nicht nur am Reichskammergericht. Die Quellengattung der „Richternotizen“ hat in letzter Zeit ebenso erneute Aufmerksamkeit erfahren, im Zusammenhang mit historischen Analysen zu „Praktiken des Entscheidens“.⁴⁰

[illegible]

Sp. abas in Vostroje ravninam. in die Magdalena. Redno -
^{na} 5. Lajstj. & vseh rekah in mo. Zim. in Trig. se vedno
^{več} p. Jude. Avr. 16. Rj. in Sijon. v. Sijon 12. A. 10
 p. in od 186. 13. 186. p. in od 186.

D. ¹¹ John Dean, 150 Harborside, Vancouver, B.C. Canada, is the author of the book "The History of the British Columbia Coast" published in 1910. The book is a history of the coast of British Columbia from 1781 to 1860. It is a very interesting and valuable book. It is a history of the coast of British Columbia from 1781 to 1860. It is a very interesting and valuable book. It is a history of the coast of British Columbia from 1781 to 1860. It is a very interesting and valuable book.

19. finis illos sex p[er]hibita. 17. An[im]i. Sicut diff. vij
Definitio[n]e & p[ri]mo in. p[ro]p[ri]e t[er]m[in]i.

[illegible]

In der ersten Probe. In der letzten Probe
S. 100.

Hing
 Larkspoon
 Carlomag
 How.
 Name
 Colman
 Nigg
 Hensch
 Binner
 Gering
 Sg. Heng.

Sofwizka
Hing
Quich
Nofa
Stump
Ehedejardj
Rijpin
Nofjampsa
Dor nas
Strap 6

Solche Forschungsansätze stehen im Kontext historischer Bemühungen um theoretisch-interdisziplinäre Analysen des Entscheidens und scheinen Impulse von modernen Kognitionswissenschaften anglo-amerikanischer Prägung zu erhalten.⁴¹ Einzelheiten des „decision making“ wurden etwa für englische Gerichtsverfahren des 18. Jahrhunderts anhand von sog. *notebooks* ermittelt.⁴² In diesen wurden jedoch vor allem Prozessverläufe geschildert, also die Argumentation der Parteien, Beweisführung und Urteil. Insofern könnten die *notebooks* gewisse Parallelen zu aus dem deutschsprachigen Raum bekannten Gerichtsbüchern aufweisen, die teilweise in der Sekundärliteratur auch als „Protokollbücher“ bezeichnet wurden.⁴³ Im Gegensatz zu diesen waren die englischen *notebooks* aber wesentlich ausdifferenzierter. Sie waren von geschulten Juristen erstellt, welche oft schon während ihrer Ausbildung zu Lernzwecken mit dem Protokollieren von Verfahren begonnen hatten.⁴⁴

Der große Unterschied zum Reichskammergericht liegt darin, dass sich die eigentliche Entscheidung auf der Hinterbühne vollzog und zudem von einem Kollegialorgan ausgeführt wurde. Sie lassen also nicht eine Juristenpersönlichkeit in den Vordergrund treten, sondern schildern den deliberativen Vorgang der Entscheidungsfindung innerhalb eines Kollegialorgans. Im Gegensatz zu den *notebooks* waren die Protokollbücher der Assessoren am Reichskammergericht gerade der Darstellung von Meinungen zu Rechtsproblemen gewidmet, die bei der Entscheidungsfindung vorgetragen wurden. Man kann lesen, wie Argumente ausgetauscht wurden, wer wen überzeugte, warum eine Rechtsmeinung zur Durchsetzung gelangen konnte. Insofern dienten die Protokollbücher nicht der Selbstdarstellung eines Gerichts, sondern der Dokumentation der hinter den Kulissen erfolgenden Entscheidungsfindung. Überliefert sind die Protokollbücher mehrerer Assessoren. Zwei Protokollbücher sind

in Dissertationen erforscht und aufgearbeitet, einmal die Notizen des friesischen Juristen Viglius von Aytta,⁴⁵ der von 1535–1577 im damals in Speyer ansässigen Reichskammergericht arbeitete und von Mathias Alber, einem bayrischen Assessor. Als Teil der 2011 erschienenen Dissertation von Steffen Wunderlich ist das Protokollbuch Albers, das von 1532–1533 angefertigt wurde, umfassend ediert und mit Regesten aufgearbeitet.⁴⁶ Wenn man nach Praktiken der Rechtsanwendung- und Rechtsfortbildung sucht, findet man sie hier.

3. Der „Brauch am Reichskammergericht“ als Praktik der Frühen Neuzeit

a) Beispiele aus dem Protokollbuch des Mathias Alber

Die von Alber geschriebenen Einträge in seinem Notizbuch beginnen meist mit einer Art sehr kurzer Prozessgeschichte, also mit der Schilderung einer Klage und deren Begründung.⁴⁷ Dann folgt die Schilderung der Beratung in der Gruppe.⁴⁸ Nachzulesen ist, worauf sich diese Argumente vorrangig stützen. Nicht überraschend ist, dass mit Rechtsquellen argumentiert wird, also mit gemeinem Recht oder Reichsrecht, wie es der bekannten Praxis entspricht.⁴⁹

Weniger bekannt ist der „Brauch“ am Reichskammergericht.⁵⁰ In manchen Fällen haben sich die Richter auf ein Herkommen in der Entscheidungspraxis des Gerichts berufen, ohne Nennung einer Rechtsquellengrundlage, etwa aus gemeinem Recht oder Reichsrecht. Beispiele finden sich in der genannten Edition des Protokollbuchs.⁵¹

fol. 84v infra

G[raf] Emich der Junger contra graf Philipsen von Nassau

Pit ain mandat auf den landfriden, das Nassaw nichts mit tatlicher
that gegen ime

und seinen pfärdten woll furnemen, sunder bei ordenlichen rechten
pleiben zelassen.

Causa ain roß waid. Ist darbei ain troschrifft von Nassaw.

Ita ego, nichts mit gwald gegen ime furzenemen, hab ich ime ain
mandat, das

er sunst zuthun schuldig, erkent. Et ponderatum, das ich ime seim
narrirn nach

kain mandat erkennen hab wellen, sunder ich bin auf den prauch
gangen, den ich

hie befunden, das man mit mandaten dy tätlichen handlungen bei
einer geldtstraf

abschaf, sine clausula iustificatoria.⁵²

Hier ging es also um einen Streit um den Besitz einer Rossweide. Diese hat Graf Philipp von Nassau wohl in seinen Besitz gebracht, widerrechtlich, wie der Antragsteller, Graf Emich der jüngere behauptet. Die vom Antragsteller gewählte Verfahrensform war der Mandatsprozess, ein Verfahren einstweiligen Rechtsschutzes. Solche Verfahren waren gerade dann weit verbreitet, wenn es um Grenzstreitigkeiten zwischen Adeligen ging,⁵³ wie wahrscheinlich auch hier. Grundlage war die Behauptung eines Landfriedensbruchs. Wenn eine summarische Prüfung diese Behauptung als glaubhaft einstufte, konnte das RKG ein Mandat, also eine einstweilige Verfügung erlassen, die dem Antragsgegner bei Meidung einer Geldstrafe eine Unterlassungspflicht auferlegte – ähnlich wie es heute auch gehand-

habt werden kann.

Der Assessor Alber wollte eigentlich kein solches Mandat erlassen, wie er schreibt, hat es dann aber doch getan, obwohl er eigentlich nicht der Meinung war, dass ein Landfriedensbruch vorlag.⁵⁴ Das ist bemerkenswert. Alber hat eine Meinung, er entscheidet aber anders, nach dem Brauch, den er am Gericht vorgefunden hat. Warum er das tat, wird nicht ausgeführt. Naheliegend ist jedoch, dass die Autorität der Tradition innerhalb einer Institution hier eine bestimmte normative Kraft entfaltete. Es gilt: „Wir haben das immer so gemacht“, der Neuling, der sich dagegen stellt, hätte ein Problem im Hinblick auf sein Ansehen in der Institution und vielleicht auch sein berufliches Fortkommen. Zumindest würde er für Aufsehen und für Sand im Getriebe der Justiz sorgen. In der Justizsoziologie der 1930er Jahre wurde ein allgemeines „Solidaritätsgefühl“ von Richtern beobachtet, was die Funktionsfähigkeit des Justizapparats angeht.⁵⁵ Dieses sei gerade bei Rechtsmittelgerichten (wie dem Reichsgericht) besonders ausgeprägt, wo der Gedanke der „eigenen Funktionsfähigkeit“ wegen der Fülle der zu bearbeitenden Fälle ein zentraler Faktor bei der Organisation der Entscheidungsfindung sei.⁵⁶ Auch wenn man die zeitgenössisch-justizkritischen Schlussfolgerungen aus dieser Beobachtung nicht teilen muss, erscheint es doch plausibel, dass ein Verantwortungsgefühl für die Entscheidungsfähigkeit einer Institution prägend für bestimmte Handlungsmuster ist, die auf dem Weg zur Entscheidung eine Rolle spielen, zumal wenn es um ein Rechtsmittelgericht wie das Reichskammergericht geht. Mathias Alber mag einerseits von der Autorität der Kollegen und den gewachsenen Verhaltensmustern innerhalb der Institution beeindruckt gewesen sein. Gleichzeitig könnte er gespürt haben, dass die Suche im Gedächtnis nach vorherigen Entscheidungsmustern die Lösung des jeweiligen Falles erleichterte,

ermöglichte sie doch das Einschwenken auf den Pfad der Routine. Solidarität mit der Institution und die Möglichkeit einer Effizienzsteigerung der Justiz gehören wahrscheinlich zu dem Motivbündel, das ein Rekurren auf den Brauch an dieser Stelle so attraktiv machte. Jedenfalls war der Brauch auch Teil dessen, was in den dreißiger Jahren als „eigentümliche Selbstbejahung“ einer Kammer oder eines Senats beschrieben wurde.⁵⁷ Der Unterschied beim Reichskammergericht liegt allerdings darin, dass es hier um die Selbstbejahung im Rahmen einer Institution ging, denn die Rechtsfindung nach Gerichtsbrauch lässt die Entscheidungsträger hinter der Institution zurücktreten. Moderne normative Vorstellungen wie „Rechtssicherheit“ spielten dabei wohl keine Rolle, zumindest nicht explizit. Über den Brauch wurde nicht theoretisch reflektiert, wie etwa über die Rechtsfiguren *ius commune*. Der Brauch war daher eine von Experten verwendete Argumentationsform, die aber gleichzeitig außerhalb des theoretisch erworbenen Wissensbestands der Akteure stand.

Ist dieser Brauch somit eine Praktik? Sicherlich geht es hier um eine Alltagsroutine der Entscheidung, die man als sich wiederholende Handlung ansehen kann, die jenseits der juristischen Dogmatik steht. Sie vollzieht sich in einem Raum des Erfahrungswissens, neben der wissenschaftlichen Reflexion. Keinesfalls vollzieht sie sich aber außerhalb von Normen. Wie viele Beispiele aus dem Protokollbuch des Mathias Alber zeigen, steht am Anfang von Beratungen, wo auf den Brauch verwiesen wird, stets die Frage der Konkretisierung von Normen, nämlich wann Landfriedensbruch vorliegt und wie dabei zu verfahren ist. Das lässt aus Sicht der modernen Rechtsdogmatik die Frage entstehen, ob der Brauch als Faktum oder als Norm zu bezeichnen ist, oder ob er irgendwo dazwischensteht. Jedenfalls ist der Brauch zunächst ein Rückgriff auf Entscheidungen, also auf etwas

tatsächlich, empirisch erfassbares (hat das Gericht so entschieden oder nicht?). Gleichzeitig hat die Reproduktion der vorangegangenen Entscheidung aber auch normativen Charakter, ähnlich wie heute das Richterrecht.

Relevant ist in diesem Zusammenhang vor allem das Verhältnis zwischen dem Brauch und den Erwägungen ‚materiellen Rechts‘. Deutlich wird dieses anhand eines weiteren Beispiels. Alber berichtet in einem umfangreichen Eintrag von der Diskussion über die Frage der Zulassung einer Berufung. Eine Witwe sollte Berufung gegen ein untergerichtliches Urteil einlegen und machte diese 8 Monate danach beim Reichskammergericht geltend.⁵⁸ Die Nürnberger Reichskammergerichtsordnung von 1523 sah aber eine Frist zur Einladung der „Appellation“ von sechs Monaten vor.⁵⁹ Nun hatten die Richter zu diskutieren, ob die Berufungseinlegung verfristet war. Verweise auf den Brauch spielten dabei im Urteiler-Kollegium eine wichtige Rolle.

Regest 70, fol. 158v (S. 625).

D[ominus] Trackstain sagt, es seim der brauch darwider, wider solhe Nurn[bergische] ordnung. Er hab selbs ain fal alhie gehabt, sagt auch mer fäll.

Wils dem brauch nach annemen. Secunda vice mansit in voto suo, wils annemen,
und radt, ordnung hinfuran zemachen.

D[ominus] Künraß ut Trackstain. Pleibt bei der ordnung etiam in hoc casu.

D[ominus] Khunig sagt, es sei contraNurnbergische ordnung gehandelt mer als
in aim fal. Er wil der appellantin dy appellation in hoc casu zulassen,

und alsdann

auch von ainer ordnungnreden helffen.

*D[ominus] Caspar wil in gemain bei der Nurnbergischen ordnung
pleiben,

aber in casu nostro wold er in, den appellanten, zulassen, ita ut
doceret de iusto

impedimento (so wie gelehrt wird de iusto impedimento): Potest enim
quis post paucos dies moram purgare, (nach wenigen Tagen kann
man den Verzug bereinigen) l. Et si post tres.o

Dieweil dy appellans etwas than hab, so wil ers zulassen zu aus-
fuerung irer impediment.⁶⁰

Wird also hier ein Brauch als Praktik gegen das geltende Reichsrecht gestellt? Ist das eingeschliffene, das tradierte Handlungsmuster (als faktisches, nicht formal-wertendes Element) innerhalb der Institution stärker, als die ‚von außen‘ kommende Organisationsnorm?

Sicherlich ist der Brauch von zentraler Bedeutung, aber im vorliegenden Beispiel muss auch beachtet werden, dass man nach ius commune zu einer Möglichkeit der Annahme der Berufung kommen konnte. Explizit führte das ein Richter aus, wie Alber bemerkt.

D[ominus] Mor wolds annemen, wold ius commune der appellantin
nit abschlagen.

Secunda vice lasts ers ungeferlich pleiben, wil das arbitrium ex bono
et equo

im vorbehalten iuxta bonitatem vel malitiam causae.⁶¹

Hier sieht man: Der Verweis auf den Brauch, also auf die informelle Norm, war ein Argument unter vielen.⁶² Er stand neben Verweisen auf *ius commune* und *aequitas*.⁶³

Traditionen oder Bräuche des Gerichts sind also Teile eines umfassenden Sets von normativen Begründungsmöglichkeiten für Entscheidungen. Sie sind mehr als der Rekurs auf bloße Fakten. Dennoch kann diese Art von informell-außerwissenschaftlicher Normgewinnung als spezifische Praktik juristischer Standeskunst angesehen werden, die mit der Gerichtspraxis in unmittelbarem Zusammenhang steht.

b) Brauch als Instrument zur Herausbildung prozeduralen Rechts?

Die umfassende Auswertung von Steffen Wunderlich hat ergeben, dass Bräuche häufiger auf Zuständigkeitsfragen und weniger auf Fragen, die man nach heutigem Begriffsverständnis dem materiellen Recht zuweisen würde, Anwendung fanden.⁶⁴ Vor allem beim Landfriedensbruch wurde eine erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichskammergerichts aus einem Gerichtsbrauch hergeleitet.⁶⁵ Hier erinnert die Vorgehensweise des Reichskammergerichts an den EuGH und seine selbstreferentiellen Zuständigkeitsbegründungen. Wenn sich Bräuche bezüglich Zuständigkeits- oder sonstigen Verfahrensfragen verfestigt hatten, konnten sie möglicherweise auch in „Gemeine Bescheide“ münden oder solchen vorausliegen. Gemeine Bescheide waren verfahrensleitende Verfügungen, die bestimmte prozessrechtliche Regeln endgültig festsetzten.⁶⁶

Anhand des Protokollbuchs des Mathias Alber kann man wiederum in plastischer Weise feststellen, wie dem Brauch bei der Kärnerarbeit des ohne abstrakt normierte Verfahrensordnung zu bewältigenden prozessualen Alltags eine zentrale Rolle als Legitimationsinstrument

zukommen konnte. So wurde laut Albers Bericht in einem Fall die Frage diskutiert, welche Vorgehensweise bei einer nur mündlich ergangenen Appellation geboten sei.⁶⁷ Ein Richter berief sich auf den Brauch am Reichskammergericht, welcher eine bestimmte Vorgehensweise notwendig erscheinen lasse, andere Richter sahen sich durch diesen Verweis zu Erinnerungen an ähnlich liegende Fälle und ihre vergangenen Entscheidungen angeregt.⁶⁸ Die Protokolle Albers geben Einblick in die Suchbewegungen der Entscheidungsträger nach innerer Konsistenz und institutioneller Kontinuität. Dabei waren die Diskussionen oft eher technischer Natur. Entscheidend waren manchmal nicht Prozessmaximen oder Parteiinteressen, sondern allein die Frage, wie man es schon einmal gehandhabt hatte. In Ermangelung umfangreicherer Dokumentationen war man auf das Gedächtnis der Akteure angewiesen.

Ein anderer Aspekt, der einem ebenfalls in den Protokollen begegnet, besteht darin, dass Parteien (nicht die Assessoren) auf einen Brauch verweisen. So geschah es in einem Mandatsverfahren der Stadt Frankfurt gegen die Grafen von Isenburg. Beide Parteien beschuldigten sich gegenseitig, im Wege der Klage und Widerklage, Bürger aus dem jeweils anderen Herrschaftsbereich gefangen genommen zu haben.⁶⁹ Die isenburgische Seite berief sich auf einen Brauch, nach dem bestimmte Gerichtsbefugnisse ihnen auch auf Frankfurter Territorium zustünden, welche die Festnahme von Personen umfassten.⁷⁰ Hier ging es ebenfalls um die Frage der Zuständigkeit, nicht aber des Reichskammergerichts, sondern um die einer Prozesspartei zur Vornahme einer vor dem Gericht inkriminierten Handlung. Aus heutiger Sicht erweckt auch diese Fallkonstellation den Eindruck, dass Zuständigkeits- und Verfahrensfragen mit der Erörterung materieller Rechtsprobleme verschmolzen oder sie gar überlagerten.

Gemeine Anzeig

vff das Ihenig, so in diesem Buch
begriffen, gerichtet :

Wieweil an gutter Ordnung vnd gleichmässigkeit son-
derliches bei dieser höchsten Justicien, Soes vnd viel gelegen. In der ersaltung ein-
sondere nottufft, fürnemlich aber bei täglicher Veränderung der Herrn Besizer. Das in-
verrichtung der Geschessen, vnd Sachen, vff das Ihenig, so derwegen zu vnderchiedlichen zeit-
ten in Reichs: vnd Visitation Abschieden, vnd Memorialin, vnd sonst in andere weg, wol
geordnet statuiert vnd befolhen. Jedereit mit vleis gelesen, demselben eodemässig nachgan-
gen, vnd darob gehalten werde. Vbleses aber hedenor etwan vertragen, verloren, in seitten
stuckweis, daruon gar nichts darvon den neuen ansetzenden Besizern zur hande kommen.
Daraus dann vnrordnung, vngleichheit, neue disputationes vnd andere weiltuffigkeiten
entstelt. **D**anet nun fürhero solches in Collegio vrmöglichs vor augert, vnd an der
hand vnd dergestalt vnnerrutelt, alles verwartet gehalten werde. **A**ls hat der Hoes:
würdig, fürst vnd Herr, Herr **Marquard** Hoesoff zu Speyr, vnd Probst zu Weissenburg,
als dieser zeit kaiserlicher Cammer, hieser, gemeinam des Collegij vnd hiesiger weien, vnd son-
derliches den neu ankommenden Herrn zum besten, was fürnemlich zu seitten Irer fürstlichen
Enaden fragenden Cammer, hieser Ampts, dures dieselb angesetzt, alles die gemeine Stende vnd
sonsten in fürstlichen Visitationen, verabschiedet, verordnet, vnd befolhen, in dis Buch eingezeichnet
vnd Verordnung gehalten. Daraus sius die Herrn dis Gerichts gegenseit, ins gemein, vnd dan-
Insunderheit hies Ampts, vnd versallens in besuchung der Rät, vnd gerichtlicher Audienzen,
wie auch in eröffnung der Processen, verfassung der Abschieden, referiren vortren, alles einsekt
ger schleuniger erörterung, vnd expeditio der gerichtlichen Sachen, erimern, vnd gleicher ge-
stalt setzen mögen, was Ordnung in verrichtung der Extrajudicial, vnd sonderliches der Cille
lar sachen, Das dieselben der gewir, vnd naes nottufft, ordentliches gerathsseck, so ge-
steht, vplnzoget, vnd zu künftigen besalt, vnd wissenssafft vffgedruckt, vnd
gemeynt werden mögen. **D**amit fürhero desto bestendiger ob der Ord-
nung gehalten, die Sachen fürderlich vnd gleichmässig expedit vnd
gesandt, alles künftigen Visitationibus materia genom-
men, vnd ein Collegium alles säftigen, verkleiner,
eigen veruif, verisonet vpleiden, vnd die dem-
höchsten Gericht, sein Hoesheit, **V**er-
vnd Reputation, gemeinem zu-
hen ihm des besten ersallen
werde :~

Die Diskussion über die Rechtsgrundlage der Festnahme scheint von der Erörterung der Zuständigkeit kaum getrennt worden zu sein. Angesichts dieser generell starken Relevanz von Verfahrensaspekten zur – aus heutiger Sicht – formalen Legitimitätsstiftung dürfte es nicht überraschend sein, dass hier oft auf einen Brauch verwiesen wurde. Praktiken der frühneuzeitlichen Gerichtsbarkeit waren also nicht zuletzt formale Routinen alltäglicher Falllösung im Rahmen einer sich im dauernden Entwicklungsstadium befindlichen institutionellen Ordnung.

c) Brauch und Präjudiz

Das bereits zitierte Gutachten zum strafrichterlichen Ermessen zeigt, dass sich die derzeit beobachteten lokalen Strafzumessungstraditionen nach verschiedenen OLG-Bezirken richten.⁷¹ Sofern es um die unteren Gerichte geht, sind bei der Tradition von Normen vielleicht weniger soziologisch erfassbare informelle Faktoren maßgeblich, als schlichtweg die institutionell gebotene Orientierung an der Rechtsprechung der nächsthöheren Instanz.⁷² Auf der Hand liegt aber, dass sowohl für Untergeichte als auch höherrangige Gerichte Präjudizien bei der Traditionsbildung eine zentrale Rolle spielen, sei es aufgrund Anpassungsdrucks von oben, sei es, weil man im Rahmen der höheren Instanz die Konsistenz und Vorhersehbarkeit der eigenen Entscheidungsfindung absichern will.⁷³ Wie sich anhand der Quellen zeigen lässt, bezogen sich die Diskussionen um den Brauch nicht zuletzt darauf, ob oder in welcher Form etwas bereits entschieden worden ist.⁷⁴

Ob etwas als Präzedenzfall angenommen werden kann oder nicht, erfordert selbst juristische Argumentation, ist also typischer Teil juristischer Entscheidungsfindung. Im Common Law hat sich der Umgang mit

Präzedenzfällen als „distinguishing“ bekanntlich zu einem zentralen Element juristischer Standeskunst entwickelt.⁷⁵

Informationen über die Präjudizien vermittelten möglicherweise intern erstellte Urteilsbücher, eine besonders wichtige Rolle spielte jedoch die mündliche Mitteilung in der Urteilergruppe.⁷⁶ Nicht jede mündlich tradierte Rechtsinformation kann aber einen Brauch begründen und somit als juristisches Argument Relevanz entfalten. Es bedarf dazu zusätzlicher Legitimationsfaktoren. Diese Überzeugungskraft kann sich aus der Rationalität des Urteils selbst ergeben, sie kann aber auch von dem Boten abhängen, genauer, von dessen Verhältnis zum Rezipienten. Hier werden dann Hierarchie und Seniorität eine Rolle gespielt haben. Neben der Autorität der Institution und der von den Assessoren verinnerlichten Sachzwänge⁷⁷ kann auch von Bedeutung gewesen sein, welche Person im Urteiler-Kollegium Informationen über eine hergebrachte Entscheidungspraxis vermittelte. Je höher das Ansehen des berichtenden Assessors, desto höher mag die Bereitschaft gewesen sein, der Überlieferung zu folgen. Möglicherweise gab man auch mehr auf Berichte dienstälterer Kollegen, denen man als Dabeigewesene die größte Glaubwürdigkeit zuschrieb, da sie Bräuche nicht nur vom Hörensagen kannten. In den Protokollbüchern von Mathias Alber finden sich der sorgfältigen Auswertung von Steffen Wunderlich zufolge einige persönliche Bemerkungen, die auf unterschiedliche Einschätzungen seiner Kollegen schließen lassen.⁷⁸ Sie beziehen sich jedoch nicht auf Gedächtnisleistungen beim Referieren von Bräuchen, sondern auf die Plausibilität von Rechtseinschätzungen. Für Mathias Alber scheint fachliche Wertschätzung ausschlaggebend gewesen zu sein. Das zeigt sich auch daran, dass er sich mit normativen Argumenten gegen einen von dienstälteren Kollegen vortragenen Brauch gewendet hatte.⁷⁹ Die Autorität des Rechts hatte

sicherlich zumindest das Potential, auch die feinen, vielleicht auch habituell ausgeprägten Rangunterschiede zu durchbrechen, die Juristen in der frühen Neuzeit schon im symbolisch und rituell geordneten Raum der Universität kennengelernt hatten.⁸⁰ Insgesamt scheint die Berufung auf Präjudizien in verschiedenen semantischen Formen stattgefunden haben, sowohl als „Brauch“ wie als „Consuetudo“.⁸¹ Die umfassenden Studien von Steffen Wunderlich zeigen, dass unabhängig von der terminologischen Einkleidung informelle Faktoren bei dieser Art der Reproduktion vergangener Normativität eine Rolle gespielt haben.

4. Worin liegt der wissenschaftliche Mehrwert der Beobachtung solcher Phänomene als Praktiken?

Nachdem nun einige Beispiele für die mögliche Relevanz von Praktiken am Reichskammergericht genannt worden sind, stellt sich abschließend die Frage nach dem wissenschaftlichen Mehrwert dieses Konzepts.

a) Begrifflichkeit

Zunächst könnte Praktik eine heuristische Kategorie sein, welche das Begriffsrepertoire der Rechtsgeschichte erweitert. Ist es wirklich hilfreich, oder gar notwendig, aus der historischen Forschung ein neues Konzept zu übernehmen? Eindeutig ist das nicht. Man könnte vieles, was man hier erkennt auch anders beschreiben, als soziale Normbildung oder einfach als Teil der Rechtspraxis. Auf der anderen Seite kann das Forschungskonzept der Praktik aber auch einen Unterschied zur allgemeineren Kategorie der Praxis kennzeichnen und den Blick auf neue Phänomene der rechtlichen Wissensproduktion lenken. Andererseits können auch bereits

vorhandene Forschungsergebnisse (wie die Forschung zu Protokollbüchern) neu kontextualisiert und mit allgemein historischen Forschungsdiskursen in Dialog gebracht werden.

Wichtig ist jedoch nicht in erster Linie die Begrifflichkeit, sondern vielmehr die Anregung, die man durch die Auseinandersetzung und kritische Bewertung neuer Konzepte erhält. Wichtig ist die begleitende Reflexion von Konzepten der Nachbardisziplinen vor dem Hintergrund der eigenen Forschungserfahrungen. Sie helfen, aus dem eigenen analytischen Korsett auszubrechen und ermöglichen eine Außenperspektive auf die eigene Wissenschaft. Dadurch kann ein Weg zu kritischer Selbstbetrachtung eröffnet werden, bei dem einige Gewissheiten noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

b) Historische Justizsoziologie?

Ein Ergebnis der Reflexion über das historische Konzept der Praktiken zeigt auch noch einmal, dass es sinnvoll sein kann, auch bei der Reichskammergerichtsforschung neuere Ergebnisse über Justizsoziologie im Blick zu haben, sofern sie eine Art „Verhaltensforschung des Juristen“ ist. Angst vor Anachronismen ist hier nicht angebracht, denn es geht nicht um naive Rückprojektion von Handlungsmustern, sondern um Vergleiche. „Wie kommunizieren Menschen in Spruchkörpern über Rechtsfälle?“, so könnte man die Frage überzeitlich formulieren. Dass sich die Rahmenbedingungen in heutigen Gerichten vom Reichskammergericht grundlegend unterscheiden, versteht sich von selbst. Aber gerade das Thema der Relation zeigt, dass es auch Gemeinsamkeiten, vielleicht gar Kontinuitäten gibt.

Schaut man auf die gegenwärtige Debatte um die Unterschiede der Strafzumessung, ist auch auffällig, dass offenbar Dogmatik und Rechtspolitik soziologische Fragen in den Hintergrund drängen. Auf das Problem der unterschiedlichen Strafzumessungen in einzelnen Bundesländern, Regionen und Gerichten versucht man zu antworten, indem man eine dogmatische Auseinandersetzung über die richtigen Kriterien der Strafzumessung führt. Dogmatische Kriterien sind aber – wie man auch beim Reichskammergericht gesehen hat – nur eines von verschiedenen möglichen Argumenten. Daneben steht der Brauch oder das, was heute regionale Praxis der Entscheidung genannt wird. Erweitert man das Set der möglichen Argumente um weitere Argumente, löst man das Problem nicht. Zu Fragen wäre vielmehr wie und warum in einzelnen Institutionen so unterschiedliche Ergebnisse bei der Strafzumessung entstehen können. Diese Ursache verliert die Strafrechtsdiskussion aber aus den Augen, stattdessen versucht sie, die Symptome zu kurieren.

5. Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass auch Erinnerung und Erfahrung bei der gelehrten Gerichtsbarkeit und damit am Reichskammergericht eine Rolle spielten. Es bildeten sich auch am Gericht Alltagsroutinen, die normatives Wissen vermittelten und selbst zur Rechtsbildung beitragen konnten. Die Protokollbücher zeigen uns, dass es informelle Faktoren der Entscheidungsfindung gab, die nicht zu unterschätzen sind. Persönliche Autorität, argumentative Überzeugungskraft einzelner Richter, Seniorität und dadurch gebildete informelle Hierarchien, all das führte zu Bewertungen.

Praktiken, also informelle Faktoren der Wissensproduktion, welche sich zu Routinen verfestigen, sind in jedem Bereich normativer Produktion anzutreffen, unabhängig davon, ob der Legitimationsrahmen der Norm im angeblich formalen römischen oder angeblich volkstümlichen deutschen Recht zu finden ist. Ihre Analyse kann der Rechtsgeschichte neue Perspektiven vermitteln. Der Reichskammgerichtsforschung kommt dabei eine besondere Rolle zu, denn sie ermöglicht Blicke hinter die Kulissen der Inszenierung von Entscheidungen.

Anmerkungen

1. Bei dem Text handelt es sich um die geringfügig überarbeitete Fassung des Vortrags vom 18.10.2018 bei der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung in Wetzlar.
2. Signifikant daher der Titel der Ausstellung zum fünfhundertjährigen Gründungsjubiläum: INGRID SCHEURMANN (Hrsg.), *Frieden durch Recht*, Mainz 1994.
3. Zur Kritik an der Epochenschwelle um 1495 PETER OESTMANN, *Wege zur Rechtsgeschichte: Gerichtsbarkeit und Verfahren*, Köln 2015, S. 158.
4. Vgl. zu einem ähnlichen Ansatz HORST CARL, *Kaiser, Reichstag, Reichsgerichte – das Reich als Medienereignis* (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 40), Wetzlar 2011, wo Erkenntnisse der mediengeschichtlichen Forschung zur frühen Neuzeit auf das Reichskammergericht angewendet werden.
5. ARNDT BRENDECKE (Hrsg.), *Praktiken der Frühen Neuzeit. Akteure – Handlungen – Artefakte*, Köln 2015.
6. PETER OESTMANN, *Normengeschichte, Wissenschaftsgeschichte und Praxisgeschichte. Drei Blickwinkel auf das Recht der Vergangenheit*, in: <http://hdl.handle.net/11858/00-001M-0000-0029-32A7-9>.

7. OESTMANN, Normengeschichte (wie Anm. 6), S. 5.
8. THEODORE R. SCHATZKI/KARIN KNORR-CETINA/EIKE VON SAVIGNY (Hrsg.), *The Practice Turn in Contemporary Theory*, London 2001.
9. KARL HÖRNING, *Experten des Alltags – die Wiederentdeckung praktischen Wissens*, Weilerswist 2001.
10. ARNDT BRENDECKE, Von Postulaten zu Praktiken. Eine Einführung, in: DERS. (Hrsg.), *Praktiken der frühen Neuzeit* (wie Anm. 5), S. 13–20.
11. BRENDECKE, *Praktiken der Frühen Neuzeit* (wie Anm. 5), S. 15.
12. BRENDECKE, *Praktiken der Frühen Neuzeit* (wie Anm. 5), S. 18.
13. BRENDECKE, *Praktiken der Frühen Neuzeit* (wie Anm. 5), S. 17.
14. BRENDECKE, *Praktiken der Frühen Neuzeit* (wie Anm. 5), S. 18 f.
15. BRENDECKE, *Praktiken der Frühen Neuzeit* (wie Anm. 5), S. 15.
16. Vgl. THEODOR BÜHLER, Art. „Brauchtum und Recht“, in: HRG I, Sp. 665–671.
17. ACHIM LANDWEHR, Wissensgeschichte, in: RAINER SCHÜTZ-EICHEL (Hrsg.), *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung*, Konstanz 2007, S. 801–813.

18. Vgl. JAKOB VOGEL, Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der „Wissensgesellschaft“, in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 639–660 (651).

19. STEFANOS DIMITRIADIS/FLORIN FILIMON/KONSTANTIN MAIER/SEBASTIAN ROTHE/SITA STECKEL, Expertenentscheidungen in der Vormoderne, in: ULRICH PFISTER (Hrsg.), Kulturen des Entscheidens. Narrative – Praktiken – Ressourcen, Göttingen 2019, S. 287 ff.

20. JOHANNES FRIED, Die Entstehung des Juristenstandes im 12. Jahrhundert, Köln 1974.

21. So sind auch die großen Lehrbücher, etwa von FRANZ WIEACKER, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Auflage, Göttingen 1968, in den Zusammenhang „Wissenschaftsgeschichte“ einzuordnen.

22. STEPHAN DUSIL/GERALD SCHWEDLER/RAPHAEL SCHWITTER (Hrsg.), Exzerpieren – Kompilieren – Tradieren: Transformationen des Wissens zwischen Spätantike und Frühmittelalter, Berlin 2016.

23. STEPHAN DUSIL/GERALD SCHWEDLER/RAPHAEL SCHWITTER, Transformationen des Wissens zwischen Spätantike und Frühmittelalter. Zur Einführung, ebenda, S. 9 ff.

24. Hervorgehoben wurde dieser Aspekt im Kontext von Praktiken des Entscheidens zuletzt bei ULRICH PFISTER, Kulturen des Entscheidens. Narrative – Praktiken – Ressourcen, Göttingen 2019, Einleitung, S. 23 ff.

25. M.w.N. JOHANNES KASPAR, Sentencing Guidelines versus freies tatrichterliches Ermessen – Brauchen wir ein neues Strafzumessungsrecht, Gutachten C zum 72. Deutschen Juristentag, München 2018, C 16 ff.
26. Vgl. HANS KUDLICH/JENNIFER KOCH, Das Ringen um die richtige Strafzumessung, NJW 2018, S. 2762–2766 (2763).
27. KASPAR, Sentencing Guidelines (wie Anm. 25), C 21.
28. Vgl. KASPAR, Sentencing Guidelines (wie Anm. 25), C 116.
29. Monographisch CHRISTOPH REICHERT, Intersubjektivität durch Strafzumessungsrichtlinien: eine Untersuchung mit Bezug auf die „sentencing guidelines“ in den USA, Berlin 1999.
30. KASPER, Sentencing Guidelines, C 116.
31. Vgl. aus verwaltungshistorischer Sicht: BIRGIT NÄTHER, Die Normativität des Praktischen: landesherrliche Visitationen im frühneuzeitlichen Bayern, Münster 2017.
32. Richtereid, Reichskammergerichtsordnung 1555, 1. Teil, Titel XIII § 1 nach ADOLF LAUFS (Hrsg.), Die Reichskammergerichtsordnung von 1555 (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, künftig: QFHG 3), Köln/Wien 1976, S. 93: „Die beisitzer des cammergerichts sollen in keiner sach, sie sey als gering als sie immer wolle, allein auf ihr gutbedüncken oder eines jeden erwegen,

billigkeit oder eygen fürgenommen und nicht dem rechten gemäß informierten gewissen, sonder auf des reichß gemeine recht, (...) Statuten und redliche, erbare gewonheiten der fürstenthumben, herrschaften und gericht (die für sie gebracht werden), (...) urtheil fassen und außsprechen“.

33. Siehe die Beiträge in: ÉMILIE DELIVRÉ (Hrsg.), *Popular justice in Europe: (18th – 19th centuries)* (Annali dell'Istituto Storico Italo-Germanico in Trento 29), Bologna 2014.
34. OTTO STOBBE, *Geschichte der Deutschen Rechtsquellen*, Bd. 1, Leipzig 1860, S. 277. Hinweis auf dieses und das folgende Zitat bei KARL KROESCHELL/ALBRECHT CORDES/KARIN NEHLSSEN VON STRYK, *Deutsche Rechtsgeschichte*, Bd. 2, 9. Auflage, Köln 2008, S. 128 f. dort auch zum Kontext.
35. OSKAR BÜLOW, *Gesetz und Richteramt*, Leipzig 1885, S. 47.
36. STOBBE, *Rechtsquellen*, S. 277.
37. KROESCHELL, *Rechtsgeschichte*, S. 129, mit kritischer Einordnung dieses Geschichtsbildes.
38. Siehe v.a. ANDRÉ KRISCHER, *Die Co-Produzenten der Entscheidungen. Materielle Ressourcen in englischen Gerichtsprozessen des 18. Jahrhunderts*, in: ULRICH PFISTER (Hrsg.), *Kulturen des Entscheidens. Narrative – Praktiken – Ressourcen*, Göttingen 2019, S. 142–167.

39. ANETTE BAUMANN, Die gedruckten Voten und Relationen des Reichskammergerichts (16.–18. Jahrhundert). Ein Findbuch (QFHG 48), Köln/Weimar/Wien 2004.
40. KRISCHER, Materielle Ressourcen in englischen Gerichtsprozessen, S. 142–167.
41. KRISCHER, Die Co-Produzenten der Entscheidungen (wie Anm. 38), S. 142 f.
42. KRISCHER, Die Co-Produzenten der Entscheidungen (wie Anm. 38), S. 159 ff. Hier geht es freilich um eine konkrete Fragestellung, welche die Bindung der Praxis an „Materialitäten“ untersucht, also bildlich erfassbare Elemente wie Raum- oder Schriftstrukturen, welche eine Verkörperung geistig-kognitiver Vorgänge darstellen konnten.
43. Vgl. etwa KERSTIN RIEDEL/SIGRID SCHMITT (Hrsg.), Das Protokollbuch des Niersteiner Rittergerichts (1654–1661), Darmstadt/Marburg 1999.
44. KRISCHER, Die Co-Produzenten der Entscheidungen (wie Anm. 38), S. 159.
45. REGINA MARIA SPRENGER, Viglius von Aytta und seine Notizen über Beratungen am Reichskammergericht (1525–1537), Nijmegen 1988.

46. STEFFEN WUNDERLICH, Das Protokollbuch von Mathias Alber. Zur Praxis des Reichskammergerichts im frühen 16. Jahrhundert, Bd. 2 (Regesten) (QFHG 58,2), Köln/Weimar/Wien 2011.
47. STEFFEN WUNDERLICH, Das Protokollbuch von Mathias Alber. Zur Praxis des Reichskammergerichts im frühen 16. Jahrhundert (QFHG 58,1), Köln/Weimar/Wien 2011, S. 245 ff.
48. Zur Zusammensetzung dieser Beratungsgruppen im 16. Jahrhundert: SPRENGER (wie Anm. 45), Vigilius von Aytta, S. 54 f.
49. So ist nach Wunderlichs Beobachtung auch Alber verfahren, den man insofern als typischen Vertreter des *mos italicus* ansehen kann. WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 60.
50. Grundlegend dazu WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 146 ff.
51. WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 46), S. 1091, Regest 48.
52. Zitiert nach der Edition in WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 476.
53. PETER OESTMANN, Art. „Mandatsprozess“, in: HRG III, Sp. 1229-1234.
54. Vgl. die Zusammenfassung bei WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 46), S 1092.

55. Noch immer lesenswert, auch angesichts des bis heute dünnen Forschungsstandes in diesem Gebiet: LUDWIG BENDIX, *Zur Psychologie der Urteilstätigkeit des Berufsrichters*, Berlin 1932, neu hrsg. von MANFRED WEIß, Neuwied/Berlin 1968, S. 96 f., 99.
56. BENDIX, *Zur Psychologie der Urteilstätigkeit* (wie Anm. 55), S. 102.
57. BENDIX, *Zur Psychologie der Urteilstätigkeit* (wie Anm. 55), S. 101.
58. WUNDERLICH, *Protokollbuch* (wie Anm. 46), S. 1178 ff., Regest 70.
59. Näher zum prozessrechtlichen Kontext: WUNDERLICH, ebenda.
60. Zitiert nach der Edition in WUNDERLICH, *Protokollbuch* (wie Anm. 47), S. 624 f.
61. Siehe WUNDERLICH, *Protokollbuch* (wie Anm. 47), S. 624.
62. Siehe dazu auch die Beobachtung von WUNDERLICH, *Protokollbuch* (wie Anm. 47), S. 152, bei der ein Assessor offenbar den Brauch gegen das *Ius commune* in Stellung gebracht hat.
63. Eine vorsichtige und eher seltene Verwendung der *Aequitas* als Argumentationsform konstatiert für die Rechtsprechung des späten 16. und 17. Jahrhunderts JAN SCHRÖDER, *Aequitas und Rechtsquellenlehre in der frühen Neuzeit*, in: *Quaderni fiorentini per la storia del pensiero giuridico moderno* 26 (1996), S. 265–305 (278 ff.).

Umfassend zu Aequitas in den Argumentationen der Assessoren WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 67 ff.

64. WUNDERLICH, Protokollbuch, ebenda, S. 148.
65. So die Beobachtung von WUNDERLICH, Protokollbuch, ebenda.
66. PETER OESTMANN, Gemeine Bescheide, Teil 1: Reichskammergericht 1497–1805 (QFHG 63,1), Köln/Weimar/Wien 2013.
67. WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 46), S. 1010.
68. Ebenda.
69. WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 46), S. 1122 (Regest 57).
70. Ebenda, S. 1125.
71. KASPAR, Gutachten (wie Anm. 25), C 19.
72. Vgl. dazu den Erfahrungsbericht von RÜDIGER LAUTMANN, Justiz – die stille Gewalt: Teilnehmende Beobachtung und entscheidungssoziologische Analyse, 1. Auflage, Frankfurt/M. 1971, S. 95: „Und weil wir in Düsseldorf sind lesen wir eine Entscheidung des OLG-Düsseldorf“.
73. Differenzierend zu Brauch und Präjudiz WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 146 ff, 169 ff.

74. Besonders deutlich bei WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 46), S. 1010. Freilich wird hier im Sinne der zeitgenössischen Rechtslehre zwischen dem „Brauch“ als ständiger Rechtsprechung und einzelnen Urteilen differenziert. Ebenda, S. 141. Ab wann von einer ständigen Rechtsprechung die Rede sein konnte, schien jedoch auch in der zeitgenössischen Praxis nicht eindeutig geklärt. Auch die Protokolle des Viglius von Aytta enthalten Beispiele dafür, wie die Assessoren sich auf vorangegangene Entscheidungen beriefen und wie sie diese in die Diskussionen einführten. Siehe SPRENGER, Viglius von Aytta (wie Anm. 45), S. 77, Protokoll vom 31.01.1537.
75. H.J. BECKER, Art. „Präjudiz“, HRG III, Berlin 1984, Sp. 1866–1870 (1867).
76. Zur Mündlichkeit des Brauchs: WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 155.
77. Siehe dazu oben
78. WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 250 f.
79. Siehe dazu das Beispiel bei WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 154.
80. Siehe dazu die Studie von MARIAN FÜSSEL, Gelehrtenkultur als symbolische Praxis. Rang, Ritual und Konflikt an der Universität der Frühen Neuzeit, Darmstadt 2006, S. 212 ff.

81. Zur Terminologie „consuetudo“ WUNDERLICH, Protokollbuch (wie Anm. 47), S. 147 ff. 152.

**Schriftenreihe der Gesellschaft
für Reichskammergerichtsforschung e.V.:**

- Heft 1 Bernhard Diestelkamp
Das Reichskammergericht im Rechtsleben des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, 1985
(ISBN 3-935279-03-5)
- Heft 2 Sigrid Jahns
Die Assessoren des Reichskammergerichts in Wetzlar, 1986
(ISBN 3-935279-04-3)
- Heft 3 Volker Press
Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte, 1987
(ISBN 3-935279-05-1)
- Heft 4 Filippo Ranieri
Die Arbeit des Reichskammergerichts in Wetzlar. Kontinuität und Diskontinuität im Vergleich zur Speyerer Zeit, 1988
(ISBN 3-0935279-06-X)
- Heft 5 Roman Herzog
Reichskammergericht und Bundesverfassungsgericht, 1988/89
(ISBN 3-935279-07-8) (Vergriffen)

- Heft 6 Winfried Schulze
Reichskammergericht und Reichsfinanzverfassung im 16. und
17. Jahrhundert, 1989
(ISBN 3-935279-08-6)
- Heft 7 Heinz Duchhardt
Nicht-Karrieren. Über das Scheitern von Reichskammerge-
richtskandidaturen und -Präsentationen, 1989
(ISBN 3-935279-09-4)
- Heft 8 Paul L. Nève
Die Lütticher Revolution 1789 vor dem Reichskammergericht,
1990
(ISBN 3-935279-10-8)
- Heft 9 Georg Schmidt-von Rhein
Das Reichskammergericht in Wetzlar, 3. veränd. u. erw. Aufl.,
2000
(ISBN 3-935279-28-0)
- Heft 10 Peter Moraw
Rechtspflege und Reichsverfassung im 15. und 16. Jahrhun-
dert, 1990
(ISBN 3-935279-12-4)

- Heft 11 Karl Otmar Frhr. von Aretin
Kaiser Joseph II. und die Reichskammergerichtsvisitation
1767–1776, 1991
(ISBN 3-935279-13-2) (Vergriffen)
- Heft 12 Hans Werner Hahn
Reichskammergericht und Stadtentwicklung:
Wetzlar 1689–1806, 1991
(ISBN 3-935279-14-0)
- Heft 13 Friedrich Battenberg
Das Reichskammergericht und die Juden des Heiligen
Römischen Reiches. Geistliche Herrschaft und korporative
Verfassung der Judenschaft in Fürth im Widerspruch, 1992
(ISBN 3-935279-15-9)
- Heft 14 Monika Neugebauer-Wölk
Reichsjustiz und Aufklärung. Das Reichskammergericht im
Netzwerk der Illuminaten, 1993
(ISBN 3-935279-16-7)
- Heft 15 Hartmut Schmidt
Der Rechtspraktikant Goethe, 1993
(ISBN 3-935279-17-5)

- Heft 16 Ralf-Peter Fuchs
Hexerei und Zauberei vor dem Reichskammergericht. Nichtigkeitsbeschwerden und Injurienklagen, 1994
(ISBN 3-935279-18-3)
- Heft 17 Maximilian Lanzinner
Reichsversammlungen und Reichskammergericht
1556–1586, 1995
(ISBN 3-935279-19-1)
- Heft 18 Jürgen Weitzel
Damian Ferdinand Haas (1723–1805) – ein Wetzlarer Prokurenleben, 1996
(ISBN 3-935279-20-5)
- Heft 19 Hartmut Harthausen
Geistiges Leben im Umkreis des Reichskammergerichts in Speyer, 1997
(ISBN 3-935279-21-3)
- Heft 20 Johannes Arndt
Der Fall „Meier Cordt contra Graf zur Lippe“. Ein Untertanenprozeß vor den Territorialgerichten, 1997
(ISBN 3-935279-22-1)

- Heft 21 Irene Jung
„Ihrem Herzen und Charakter Ehre machen“. Frauen wenden sich an das Reichskammergericht, 1998
(ISBN 3-935279-23-X) (Vergriffen)
- Heft 22 Wolfgang Prange
Schleswig-Holstein und das Reichskammergericht in dessen ersten fünfzig Jahren, 1999
(ISBN 3-935279-24-8)
- Heft 23 Bernhard Ruthmann
Krisenjahre am Reichskammergericht 1612–1614, 1999
(ISBN 3-935279-25-6)
- Heft 24 Josef Leeb
Der Magdeburger Sessionsstreit von 1582: Voraussetzungen, Problematik und Konsequenzen für Reichstag und Reichskammergericht, 2000
(ISBN 3-935279-26-4)
- Heft 25 Raimund J. Weber
Reichspolitik und reichsgerichtliche Exekution. Vom Markgrafenkrieg (1552–1554) bis zum Lütticher Fall (1789/90), 2000
(ISBN 3-935279-27-2)

- Heft 26 Peter Oestmann
Germanisch-deutsche Rechtsaltertümer im Barockzeitalter –
eine Fallstudie, 2000
(ISBN 3-935279-29-9)
- Heft 27 Sönke Lorenz
Erich Mauritius († 1691 in Wetzlar) – ein Jurist im Zeitalter der
Hexenverfolgung, 2001
(ISBN 3-935279-30-2)
- Heft 28 Anette Baumann
Anwälte am Reichskammergericht. Die Prokuratorendynastie
Hofmann in Wetzlar (1693–1806), 2001
(ISBN 3-935279-31-0)
- Heft 29 Bernhard Diestelkamp
Gesellschaftliches Leben am Hof des Kammerrichters, 2002
(ISBN 3-935279-32-9)
- Heft 30 Gabriele Recker
Gemalt, gezeichnet und kopiert. Karten in den Akten des
Reichskammergerichts, 2004
(Mit zahlreichen farbigen Abbildungen)
(ISBN 3-935279-35-3)

- Heft 31 Eric-Oliver Mader
Das Reichskammergericht, der Reichsdeputationshauptschluss
und die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher
Nation, 2005 (ISBN 3-935279-36-1)
- Heft 32 Bernd Schildt
Die Entwicklung der Zuständigkeit des
Reichskammergerichts, 2006
(ISBN 3-935279-37-X)
- Heft 33 Winfried Hassemer
Notizen über Gerichtsbarkeit, 2007
(ISBN 3-935279-39-6)
- Heft 34 Michael Stolleis
Heiliges Römisches Reich deutscher Nation, Deutsches Reich,
„Drittes Reich“ – Transformation und Destruktion einer
politischen Idee, 2007 (ISBN 3-935279-40-X)
- Heft 35 Siegrid Westphal
Ehen vor Gericht – Scheidungen und ihre Folgen am
Reichskammergericht, 2008
(ISBN 3-935279-41-8)

- Heft 36 Anja Amend-Traut
Die Spruchpraxis der höchsten Reichsgerichte im
römisch-deutschen Reich und Ihre Bedeutung für die
Privatrechtsgeschichte, 2008
(ISBN 3-935279-42-6)
- Heft 37 Anja Amend-Traut
Brentano, Fugger und Konsorten – Handelsgesellschaften
vor dem Reichskammergericht, 2009
(ISBN 3-935279-43-4)
- Heft 38 Steffen Wunderlich
Über die Begründung von Urteilen am Reichskammergericht
im frühen 16. Jahrhundert, 2010
(ISBN 3-935279-44-2)
- Heft 39 Andreas Voßkuhle
Religionsfreiheit und Religionskritik – Zur Verrechtlichung
religiöser Konflikte, 2011
(ISBN 3-935279-45-0)
- Heft 40 Horst Carl
Kaiser, Reichstag, Reichsgerichte – das Reich als
Medienereignis, 2011
(ISBN 3-935279-46-9)

- Heft 41 Anette Baumann
Korruption und Visitation am Reichskammergericht im
18. Jahrhundert: eine vorläufige Bilanz, 2012
(ISBN 3-935279-47-7)
- Heft 42 Alexander Denzler
Sie haben sich totgearbeitet: Die Visitation des Reichskammer-
gerichts von 1767 bis 1776, 2014
(ISBN 3-935279-48-5)
- Heft 43 Anette Baumann
Die Gutachten der Richter – Ungedruckte Quellen zum
Entscheidungsprozess am Reichskammergericht (1524–1627),
2015
(ISBN 3-935279-50-7)
- Heft 44 Stefan Andreas Stodolkowitz
Vom Handel mit Ellen, Stahl- und Eisenwaren. Eine
Zunftstreitigkeit vor dem Oberappellationsgericht Celle, 2015
(ISBN 3-935279-51-5)
- Heft 45 Karl Härter
Gewalt, Landfriedensbruch, Sekten und Revolten:
Das Reichskammergericht und die öffentliche Sicherheit, 2017
(ISBN 3-935279-52-3)

Heft 46 Stefan Andreas Stodolkowitz

Götz von Berlichingen. Goethes Drama als Spiegel
der Rechtsgeschichte
(ISBN 3-935279-53-1)

Heft 47 Anette Baumann

Augenscheinkarten am Reichskammergericht 1495–1806, 2019
(ISBN 3-935279-54-X)

Heft 48 Thorsten Keiser

Prozesse vor dem Reichskammergericht als Praktiken der
frühen Neuzeit, 2020
(ISBN 3-935279-56-6)

Heft 49

Heft 50 Anja Amend-Traut (Hrsg.)

Ein Leben für die Rechtsgeschichte – Bernhard Diestelkamp
zum 90. Geburtstag, 2020
(ISBN 3-935279-55-8)

